Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 257 | Dresden, Donnerstag den 6. November 1919 | 30. Jahrg.

Unabhängig-kommunistische Revolutionsspielerei

Der Appell der Regierung

wtb **Berlin**, 5. November. Die **Reichsregierung** und die **preußische Regierung** erlassen folgenden Aufruf:

Volksgenossen!

Ein vernichtender Streich soll gegen euch geführt werden. Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. Diese für Zehntausende von Existenzen außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Gespenst des Hungers, der Kälte und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die freiwerdenden Transportmittel auch wirklich bis zum letzten auszunutzen. Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generalstreik aufgefordert. Ein Anschlag auf Leben und Gesundheit wird damit geschmiedet, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front den entschiedensten Widerstand entgegensetzen muß. Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotzdem soll weitergekämpft werden. So diktiert es eine zum äußersten bereite Minderheit, an ihrer Spitze die von Radikalen beherrschte Fünfzehnerkommission und der unabhängig-kommunistische Rumpfvollzugsrat. Sie sprechen offen von dem „nun politisch gewordenen Kampf". Das deutsche Volk will Friede. Ruhe. Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Aufschub duldet, und es wird sich in seiner überwiegenden Mehrheit gegen Elemente wehren, die es nach tiefer ins Unglück stürzen. Wir sind verantwortlich für Leben und Gesundheit von 60 Millionen Deutschen. Wir werden sie mit Aufbietung aller Kräfte schützen. Volksgenossen! Steht uns in diesen schweren Tagen zur Seite!

* * *

Das Berliner Narrenspiel

Der Regierungsaufruf wird in den breiten Massen des Volkes lebhaften Wiederhall finden. Unterstützt wird er bereits von einem Aufruf, den der Vorstand der mehrheitssozialistischen Bezirksorganisationen von Groß-Berlin im Vorwärts erläßt. Es heißt darin:

Wir lehnen nach wie vor jede Einmischung in den in der Metallindustrie ausgebrochenen Generalstreik ab, müssen uns aber gegen jede Ausdehnung des Kampfes auf die lebenswichtigen Betriebe sowie auf die übrigen Zweige unsers ohnehin schwer zerrütteten Wirtschaftslebens wenden. Damit würde den Streikenden nicht genutzt, der übrigen Bevölkerung aber ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt werden.

Alle einlaufenden Berichte bezeugen, daß der Beschluß der Metallarbeiter über die Köpfe der streikenden Massen hinweg erfolgt ist. Urabstimmungen in den Betrieben haben nicht stattgefunden. Die kommunistischen und unabhängigen Vertrauensleute handelten mit der Proklamierung des Generalstreiks als Minderheit. In der gestrigen Sitzung der Gewerkschaftskommission, in der die Vertrauensleute der Berliner Gewerkschaften sitzen und alle sozialistischen Richtungen vertreten sind, wurde der Generalstreik mit 66 gegen 56 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Die ganze Frivolität, die die unabhängig-kommunistischen Schürer an den Tag legen, drängt sich jedem Betrachter auf, wenn er bedenkt, daß die Erweiterung des wirtschaftlichen Kampfes zu einer politischen Massenaktion einer Bagatellfrage wegen erfolgen soll: Die Delegierten der Streikenden forderten nach Beilegung der übrigen Streitpunkte bekanntlich, daß die Betriebsräte mit allen Befugnissen wieder in den Betrieben aufgenommen werden. Die Unternehmer lehnten diese Forderung ab, erklärten sich aber einverstanden zu sofortigen Neuwahlen, bei denen die früheren Betriebsräte wieder gewählt werden könnten und boten Garantien dafür, daß die Arbeiterräte ihre vollen Befugnisse bis zur Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes behalten sollten. Das Gesetz verbietet Maßregelungen. Es dreht sich also nur noch um die rein gewerkschaftliche Frage, ob die während des Streiks entlassenen Arbeiterratsmitglieder in derselben Reihenfolge wie die andern Streikenden oder vorzugsweise vor ihnen eingestellt werden sollen. Die sozialdemokratischen Vertrauensleute erklären, daß sich deswegen eine weitere Schädigung des Wirtschaftslebens nicht lohnt. Die Linksradikalen aber verlangen, daß die politischen Parteien einer Bagatelle wegen den Generalstreik proklamieren.

In diesem Beginnen treffen sich auf der Linken die verschiedensten Strömungen. Eine Anzahl Betriebsräte scheint Angst davor zu haben, daß sie bei einer Neuwahl glänzend durchfällt, denn der Streik ist von unabhängig-kommunistischen Vertrauensleuten weit über sein wirtschaftliches Ziel hinausgetrieben worden und selbst der unabhängige Führer Rusch mußte am Sonnabend zum Abbruch des Streiks blasen. Wenn jetzt trotzdem die Freiheit und ihre Geschwister zur Massenaktion aufrufen, so zeigt sich darin die ganze Planlosigkeit, Hysterie und Zerfahrenheit unabhängig-spartakistischer Taktik. Der 7. November als Jahrestag der russischen Revolution, der 9. November als Jahrestag der deutschen Novemberumwälzung sind in der Nähe — das mag den Berliner Radikalinskis die Köpfe verdreht haben. Ausdehnung des Berliner Generalstreiks aufs Reich. Stillegung der gesamten Industrie, des Handels und Verkehrs, völlige Lahmlegung der Eisenbahnen, die Schrecken der Nahrungsnot. Verzweiflungsausbrüche hungernder Volksmassen, der Zusammenbruch aller Sicherheitsverhältnisse — und dann auf dem Trümmerhaufen, auf dem Berg von Not und Elend die Fahne unabhängig-kommunistischer Diktatur. In solchen blutrünstigen Vorstellungen schwelgt so manches linksradikale Fanatikerhirn mit Wollust, und so ähnlich malt sich die Rechnung der unentwegten „Revolutionäre", die ihre zweite Revolution haben wollen, die sich von der Geschichte betrogen fühlen, solange ein zweiter oder dritter Umsturz nicht kommt.

Wenn sie bestreiten wollen, daß ihre Rechnung in den hysterischen Linien verläuft, dann sollen sie einmal sagen, weshalb sie aus jedem Streik eine Revolutionsaktion zu machen suchen. Haben sie den Gedanken nie klar zu Ende gedacht, in welches Meer von Elend, Not und Verzweiflung jede weitere Schädigung des Wirtschaftslebens, des Verkehrs, der Nahrungsmittelversorgung führen muß, so beweist das nur die narrenhafte Gemeingefährlichkeit von Leuten, die die Revolutionsspielerei gewissermaßen als Sport betreiben. Die Leipziger Volkszeitung und ähnliche unabhängige Papiere jubilieren etwas frühzeitig schon über die Ausdehnung des Berliner Streiks zur „revolutionären Massenaktion". Wir vertrauen nach wie vor dem gesunden Sinne der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und prophezeien den Revolutionsspielern eine unzweideutige Niederlage! Binnen kurzem können sich dann die unabhängigen Blätter mit den kommunistischen Roten Fahnen darüber zanken, wer von ihnen der Sündenbock war, wer die Arbeiter geschädigt und zur Massenaktion getrieben hat, ohne der Massen sicher zu sein. Ein Gezänk, in das die Leipziger Volkszeitung und die dortige kommunistische Rote Fahne im Frühjahr dieses Jahres verfielen, als der sächsische Generalstreikversuch mit einer solch peinlichen Blamage für die Linksbysteriker geendet hatte.

Die Neuauflage dieser Blamage ist von Berlin her im Gange. Das Traurigste aber dabei bleibt, **daß die Kosten solcher gewissenloser Revolutionsspielerei in erster Linie die Arbeiterschaft zu bezahlen hat!**

Zunehmende Einsicht

Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat sich nach den vorliegenden Nachrichten gestern nicht weiter ausgedehnt. Auch die Generalstreikparole des Roten Vollzugsrats scheint nur geringe Gefolgschaft zu finden. Die Angestelltenverbände haben es abgelehnt, sich am Streik zu beteiligen, und die Angestellten der Metallindustrie aufgefordert, unbedingt in den Betrieben zu bleiben. Die Ausschüsse der städtischen Arbeiter erklärten, der Generalstreikparole folgen zu wollen, sobald die Gewerkschaftskommission (so heißt das Berliner Gewerkschaftskartell) sie aufrufen sollte. Diese hat aber gestern abend den Generalstreik mit 66 gegen 56 Stimmen abgelehnt! Ebenso erklärte die gestrige Versammlung der sozialdemokratischen und demokratischen Betriebsräte, Vertrauensmänner usw.: „Die im Metallarbeiterstreik noch vorliegenden Differenzpunkte können für die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins keine Veranlassung bieten, in einen Generalstreik einzutreten. Die Versammlung fordert die Arbeiterschaft auf, der Generalstreikparole und unverantwortlichen Hetzerei nicht zu folgen, sondern sich entschlossen hinter die berufenen Vertretungen zu stellen." Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden die Bemühungen des Roten Vollzugsrats, den wirtschaftlichen Kampf der Metallarbeiter zu einem politischen Generalstreik zu machen, mit einem Fiasko enden. Und wenn die Leitung des Metallarbeiterstreiks nicht bald auf der durch die Verhandlungen geschaffenen, eine Einigung ermöglichenden Grundlage einlenkt, dann droht auch dem wirtschaftlichen Streik ein Ausgang, der den Streikführern wenig Freude machen wird. Die Zahl der Arbeitswilligen in den großen Metallbetrieben steigt ständig. In den Siemenswerken wird die Zahl der Arbeitenden auf 6700 geschätzt. Um zu verhindern, daß allzu viele Arbeiter und Arbeiterinnen wieder freiwillig ihre Tätigkeit in den Betrieben aufnehmen, hat der Metallarbeiterverband die Unterstützungssperre über diejenigen verhängt, die in den letzten Tagen ch zur Arbeit meldeten. Alle diese Anzeichen deuten darauf hin, daß man versuchen sollte, zu einem guten Ende zu kommen, solange das noch möglich ist.

Ein neuer Straßenbahnerstreik?

Berlin, 5. November. Wie das Achtuhr Abendblatt meldet, beschlossen heute mittag die Funktionäre der Straßenbahner, zur Unterstützung des Metallarbeiter-Ausstandes von morgen mittag an in den Streik zu treten. Nach diesem Beschluß muß mit einer völligen Lahmlegung des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs von morgen früh an gerechnet werden. Bis jetzt hat sich der Streik der Straßenbahner über die Hauptwerkstätte, von bekanntlich die Arbeit ruht, noch nicht ausgedehnt. Uebrigens haben die Angestellten der Hochbahn eine Teilnahme an dem Ausstande abgelehnt.

Berlin, 6. November. Bis gestern abend 11 Uhr war bei der Straßenbahn eine Entscheidung über die Teilnahme an einem Sympathiestreik für die Metallarbeiter noch nicht gefallen. Sowohl für 9 Uhr als auch für 12 Uhr waren nach sämtlichen Bahnhöfen Betriebsversammlungen einberufen worden. Die Versammlungen um 9 Uhr sind zum Teil gesprengt worden. Wo bei einigen dieser Versammlungen durch hetzerische Reden zum Streik aufgefordert wurde, schritt die Polizei ein und nahm Verhaftungen vor. Darauf zogen die Versammlungsteilnehmer zu ihren zuständigen Bahnhöfen, um dort die Versammlungen fortzusetzen. Im allgemeinen verliefen die Versammlungen ruhig und es hatte den Anschein, als ob die Mehrzahl der Straßenbahner gegen eine Teilnahme am Streik ist. In den späten Abendstunden hoffte jedenfalls die Direktion, den Straßenbahnverkehr, wenn auch unter Schwierigkeiten, heute durchführen zu können.

*

Schutz der lebenswichtigen Betriebe

Berlin, 5. November. Auf Befehl des Reichswehrministers Noske wird der Erlaß vom 17. Oktober zum Schutze lebenswichtiger Betriebe wieder in Kraft gesetzt. Dieser sieht Gefängnisstrafen für alle Maßnahmen vor, die bezwecken, lebenswichtige Betriebe stillzulegen.

*

Kein Generalstreik in Braunschweig

Zu der gestrigen Meldung über eine Generalstreikdrohung der Braunschweiger Arbeiterschaft wird mitgeteilt: Von einem Generalstreik im Staate Braunschweig kann überhaupt nicht die Rede sein. Es kommt höchstens ein Sympathiestreik der Metallarbeiter in der Stadt Braunschweig in Betracht, der für den Fall angedroht worden ist, daß die Firma Büssing, die in Kürze ihre sämtlichen Arbeiter wieder einstellen wird, die Mitglieder ihres Arbeiterausschusses nicht mit einstellt. Die zuständigen Stellen in Braunschweig sind aber der begründeten Meinung, daß die Arbeiter aus diesem Grunde der Aufforderung zum Streik kaum Folge leisten werden.

Der 7. November

Die emsigen Vorbereitungen der Kommunisten und eines Teils der unabhängigen Sozialdemokraten für die Revolutionsfeier am 7. November sind längst schon ein öffentliches Geheimnis und es spricht für die Festigkeit der neuen Staatsform und die Entschlossenheit der großen Mehrheit der deutschen Staatsbürger, auf den gegebenen Verhältnissen die deutsche Zukunft aufzubauen, wenn dem nervösen Getue der unersättlichen Umstürzler aus den Lagern der Kommunisten und Unabhängigen durchweg mit großer Ruhe, aber auch nicht minder großer Entschlossenheit zur Abwehr entgegengesehen wird. Die Absichten und Bestrebungen der Kommunisten läßt ein Rundschreiben erkennen, daß vor einiger Zeit die Reichszentrale der K. P. D. an die einzelnen Organisationen erlassen hat. Es heißt darin:

„Die dritte Internationale beabsichtigt, am 7. November, dem Jahrestag der russischen Revolution, in allen Ländern, auf die sie Einfluß hat, große Demonstrationen zur Feier der russischen Revolution und als Protest gegen die Erdrosselungsaktion vom internationalen Kapital durchzuführen. Es wird in allen Ländern die Parole zum 24stündigen Demonstrationsstreik herausgegeben werden. Wir werden unserseits zur Vorbereitung der Aktion ein Flugblatt herausgeben, außerdem soll eine besondere Zeitschrift zu diesem Tage verkauft werden. Für Deutschland kommt hinzu, daß diese Aktion zugleich an Stelle der Feier für die deutsche Revolution tritt und damit dem Rummel, den die Mehrheit für den 9. November plant, wirksam zuvorkommt. Wir sind an die U. S. P. D. mit der Frage herangetreten, ob sie sich an diesen Aktionen beteiligen will; Antwort steht noch aus. Sobald die Antwort eingetroffen ist, geben wir Ihnen Kenntnis. Falls die U. S. P. D. zusagt, würden wir empfehlen, nach den örtlichen Verhältnissen die Aktionsgemeinschaft mit der U. S. P. D. durchzuführen; bezüglich der Parole, der Redner, der Demonstrationszüge usw., die entsprechenden Vereinbarungen gemeinschaftlich zu treffen. Falls die U. S. P. D. sich an der Aktion beteiligt, sind uns deren politische Losungen nicht bekannt. Jedenfalls bitten wir schon heute, in den Reden usw. an unsren besonderen politischen Losungen festhalten zu wollen."

Auch aus diesem Rundschreiben sind wieder einmal die engen Beziehungen der K. P. D. und der U. S. P. D. ersichtlich, gleichzeitig aber ist auch das Bestreben der Kommunisten festzustellen, die Kundgebungen der Unabhängigen mit ihrem Geiste zu durchdringen und sie für ihre Ziele zu benutzen.

Der verschärfte U-Bootkrieg

Berlin, 5. November. Zu Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verwies Graf Bernstorff auf die Tatsache, daß infolge der Absperrung Deutschlands sehr große technische Schwierigkeiten bestanden, um unsre Anschauung von der Lage vor das amerikanische Publikum zu bringen. Wilson wurde wiedergewählt unter der Parole, daß er das Land vom Kriege ferngehalten habe. Unter der Oberfläche war verbreitet worden, daß Wilson den Frieden wieder herzustellen versuchen würde, womit sich fast die gesamte Presse, besonders die Hearst-Presse, einverstanden erklärte.

Im Gegensatz zum Staatssekretär Zimmermann, der erklärt hatte, daß die Ansicht bestand, Wilsons Friedenspolitik stände unter englischem Einfluß, sagte